

Digitalisierung

Kultur- und Sozialgeschichte stehen in einem engen, sich wechselseitig beeinflussenden Verhältnis. Mit dem Wandel der Kommunikationsmedien geht immer auch ein sozialer Wandel einher. Die Entwicklung der Schrift im Altertum oder die Erfindung des Buchdrucks in der frühen Neuzeit – beide Kulturtechniken haben das Zusammenleben der Menschen grundsätzlich verändert. Eine ähnliche generelle Umwälzung der Gesellschaft hat in den letzten Jahren mit dem Aufkommen der Neuen Medien und dem durchschlagenden Erfolg der elektronischen Datenverarbeitung eingesetzt. Die Medien sind zu zentralen Produktions- und Wertschöpfungsfaktoren geworden. Man spricht von *Medien-* oder *Informations-* oder *Wissensgesellschaft*, um zu signalisieren, dass die Gesellschaft als Ganzes von dieser *Digitalisierung* betroffen ist. So wird etwa das Prinzip des → Open Access gesamtgesellschaftliche Veränderungen nach sich ziehen und nicht nur die Arbeits- und Alltagswelt der direkt beteiligten Wissenschaftler und Wissenschaftsverleger umformen.

Mit dem Prozess der Digitalisierung befasst sich im engeren Sinne vor allem die Medienpolitik, doch auch die Kulturpolitik ist permanent mit diesem Themenkomplex konfrontiert. Am deutlichsten lässt sich dies am → Urheberrecht erkennen, das aufgrund der Digitalisierung novelliert werden musste. Es wurde schrittweise erneuert: vom ersten zum zweiten → Korb. Eine weitere dritte Überarbeitung ist in Vorbereitung.

Mit einer Video-Software und einem DVD-Brenner lassen sich heute problemlos innerhalb weniger Minuten ganze Spielfilme kopieren. Und bearbeiten. In jedem Kinderzimmer mit PC schlummert ein kleines Hollywood-Studio. Es ist technisch ohne größeren Aufwand möglich, einen Film oder ein Musikstück zu kopieren, zu verändern und im Internet sogleich zu veröffentlichen. Kulturpolitik muss – im Sinne eines weit gefassten → Kulturbegriffs – diskutieren, wie sich allgemein der Umgang mit Kulturgütern unter den Bedingungen der Digitalisierung verändert. Gewinnt oder verliert die Kunst an Prestige, wenn das Publikum von den digitalen Möglichkeiten Gebrauch macht? Welche Grenzen soll der Staat hier setzen? Da Kulturpolitik auch die Belange der → Kulturwirtschaft zu berücksichtigen hat, muss sie prüfen, ob alle Glieder der → Wertschöpfungskette auch ökonomisch gerecht beteiligt werden. Vor allem in den Kultur- und Medienberufen (→ Arbeitsmarkt und Kulturberufe) kommt es seit der informationstechnologischen Revolution zu gravierenden Umbrüchen.

Aufgrund der Digitaltechnologie sind zum Beispiel in der Publizistik viele Tätigkeitsbereiche und damit Arbeitsplätze obsolet geworden. Früher übernahmen Setzer das Layout einer Zeitung. Heute leistet das in der Regel der Redakteur, der eine Seitenumbruch-Software nutzt. Ein ähnliches Schicksal hat der Job des Cutters erfahren, da von den meisten Rundfunkjournalisten verlangt wird, Audio- und Video-Beiträge selbstständig zu schneiden. Bei beiden Beispielen kann man davon ausgehen, dass sich die Qualität des publizistischen Produkts verschlechtert. Beide Beispiele zeigen auch, dass hier einzig und allein der Markt regeln kann. Die Politik hat hier nur begrenzt Gestaltungsmöglichkeiten. So könnte sie etwa den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu Qualitätsstandards ermahnen oder über entsprechende Formulierungen im Staatsvertrag solche Qualitätsstandards sogar als Verpflichtung einfordern. Einen privatwirtschaftlichen Zeitungsverlag hingegen könnte sie nur zu einer Art → Freiwilligen Selbstkontrolle anregen.